

Wir warten nicht auf Wunder

Die Forderung der Volksinitiative: „Mehr als satt und sauber – 25 Prozent mehr Personal“ ist mehr als berechtigt, wenn man die realen Verhältnisse in den Kita-Einrichtungen als Bemessungsgrundlage nimmt

Seit Anfang des Jahres steht fest: ohne Volksinitiative dauert es noch Jahre, bevor sich die Personalsituation in Hamburger Kindertagesstätten verbessert.

Über die merkwürdige Zusage des Senats, jedes Jahr ab Januar 2018 fünfshundert (500!) Fachkräfte zusätzlich in den Kitas einstellen zu können, hatten wir schon in der hLZ berichtet. Niemand kann erklären, woher sie kommen sollen. Den Kitaträgern ist gesagt worden, dass sich die Hinführung zum Erzieher-Kind-Schlüssel von 1:4 im Krippenbereich zwar zeitlich um ein Jahr verzögert, aber der Einstieg in die Verbesserung des Personalschlüssels vorverlegt wird.

Die Träger waren ruhig gestellt und wir, die Fachleute aus der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, werden von Senatsseite nicht gehört. Denn der versprochene Personalaufbau in allen Hamburger Kindertagesstätten ist im mehr oder weniger hohen Maße geprägt von Teilzeitverträgen. Ebenso wird immer noch sachgrundlos befristet eingestellt – allerdings mit fallender Tendenz. Aber beide Maßnahmen erschweren den Einstieg in den Beruf der/des Erzieher_in oder der/des sozialpädagogische_in Assistent_in. Geringe Attraktivität beim Berufseinstieg durch Befristung und Teilzeit, gepaart mit einem Tarifvertrag, in dem die Endstufe der Bezahlung erst nach 21 Berufsjahren erworben wird, macht es auch den engagierten jungen Menschen schwer, diesen Beruf zu ergreifen. Die fehlende „Ausbildungsvergütung“ in der vier bis fünf Jahre dauernden schuli-

schen Ausbildung sei hierbei nur am Rande erwähnt.

Aber wir haben Vollzeit- und Teilzeitkräfte in den Kitas. Der Träger benötigt die Teilzeitkräfte und er benötigt die sachgrundlosen Befristungen, weil das Finanzierungssystem – der Kita-Gutschein – den Trägern eine hohe Flexibilität in der Personalvorhaltung abverlangt. Je nach Kindesalter und durch die Erwerbstätigkeit der Eltern bedingte tägliche Kinderbetreuungszeiten ergeben eine auf das individuelle Kind ausgerechnete Personalfinanzierung, die sich sofort ändert, wenn die nachzuweisende, Abwesenheitszeiten der Eltern oder eines Elternteils sich verändern.

Wir haben schon bei Einführung des Kita-Gutscheinsystems darauf verwiesen, dass eine Grundaussstattung unabhängig von der täglichen Anwesenheitsdauer der Kinder in den Kitas finanziert werden muss.

Was will nun die Volksinitiative?

Die ursprüngliche Forderung lautet: 7,5 Prozent mehr Personalwochenstunden für die mittelbare pädagogische Arbeit und 17,5 Prozent mehr Personal, um den nachweislich durch Urlaub, Fortbildung und Krankheit bedingten Personalausfall zu ersetzen.

Diese Forderung setzt keinen bestimmten Personalschlüssel voraus, sondern gilt für jeden denkbaren und auch real existierenden Personalschlüssel. Die Volksinitiative verlangt die „Einpreisung“ dieser zusätzlichen Personalquote in das bestehende

Kita-Gesetz.

Der dadurch errechenbare Verschlechterung der existierenden Personalquote ließe sich um den Betrag der mittelbaren Pädagogik durch Veränderung der Teilzeitbeschäftigungen Vollzeit begegnen. Die „Einpreisung“ der Ausfallquote würde real die Situation in den Kitas sofort weder verschlechtern noch verbessern, aber sie wäre bei der zukünftigen Berechnung der Personalschlüssel ein Faktor, der zusätzlich bereitgestellt werden müsste, um einen wünschenswerten und wissenschaftlich empfohlenen Erzieher-Kind-Schlüssel von 1:4 im Krippenbereich und 1:7,5 im Elementarbereich zu erzielen.

Die Forderung nach diesen Erzieher-Kind-Schlüsseln ist nun mit in den Forderungskatalog der Initiative aufgenommen worden, da der Senat sich ähnliche Ziele gesetzt hat. Die Volksinitiative will diesen Personalschlüssel aber deutlich schneller im Kita-Gesetz festgeschrieben wissen, damit für unsere Kolleg_innen in den Kitas diese deutliche Entlastung und die genügende Zeit für die ihnen anvertrauten Kinder fest vereinbart wird und von diesem und den Nachfolge-Senaten nicht mehr streitig gestellt werden kann.

Voraussichtlich startet die Volksinitiative noch im Oktober – macht alle mit und sammelt Unterschriften. Unterschriftenlisten wird es nach dem Start in der Geschäftsstelle der GEW geben.

JENS KASTNER,
Sprecher der Fachgruppe Kinder- und
Jugendhilfe, LV-Hamburg